



### **Ulla Burchardt**

Mitglied des Deutschen Bundestages  
Vorsitzende des Ausschusses für Bildung,  
Forschung und Technikfolgenabschätzung



### **Dr. Ernst Dieter Rossmann**

Mitglied des Deutschen Bundestages  
Stv. Sprecher der Arbeitsgruppe Bildung  
und Forschung



### **Willi Brase**

Mitglied des Deutschen Bundestages  
Berichterstatter für berufliche Bildung

---

Berlin, 27.03.06

## **9-Punkte Diskussionspapier zur „Generation Praktikum“**

Prekäre Beschäftigungsverhältnisse von jungen Menschen haben in Europa in den letzten Jahren zugenommen. Um der Arbeitslosigkeit zu entgehen, sehen sich immer mehr Absolventen genötigt, Zeit- und Werkverträge anzunehmen oder in unter- oder unbezahlten Praktikumsverhältnissen zu arbeiten. Auf diese Weise hoffen sie, den Einstieg in das Berufsleben zu schaffen. In mehreren Ländern der Europäischen Union – nach derzeitigem Wissenstand besonders in Frankreich, Deutschland, Italien, Spanien und auf der Ebene europäischer Institutionen – hat sich ein regelrechter „Praktikanten-Arbeitsmarkt“ herausgebildet.

Dieser zeichnet sich durch ein extrem hohes Qualifikationsniveau, flexibelste Arbeitszeiten, niedrige Sozialstandards und geringe bis keine Entlohnung aus. Nachdem auf diesem „Praktikanten-Arbeitsmarkt“ gar kein oder nur ein sehr geringes Gehalt gezahlt wird, werden keine Steuern und Sozialversicherungsbeiträge abgeführt. Mehr noch: Indem die Staaten zum Teil den Unterhalt der Praktikanten finanzieren, zahlen sie sogar noch drauf.

Zwar bietet ein Hochschulabschluss weiterhin am ehesten die Chance, auf dem Arbeitsmarkt erfolgreich zu sein. Hochschulabsolventen tragen nicht nur das kleinste Risiko, arbeitslos zu werden. Häufig verdienen sie auch besser und haben die interessanteren Jobs. Erwiesen ist aber auch: Das Studium ist längst keine sichere Eintrittskarte mehr in das Berufsleben. Auch Hochschulabsolventen leiden unter dem angespannten Arbeitsmarkt und kämpfen oft monatelang um einen gesicherten Berufseinstieg.

Ulla Burchardt, MdB

Deutscher Bundestag, 11011 Berlin  
Tel.: 030 / 227 - 73303  
Fax: 030 / 227 - 76303  
E-Mail: [ulla.burchardt@bundestag.de](mailto:ulla.burchardt@bundestag.de)  
Internet: [www.ulla-burchardt.de](http://www.ulla-burchardt.de)

Dr. Ernst Dieter Rossmann, MdB

Deutscher Bundestag, 11011 Berlin  
Tel.: 030 / 227 - 73447  
Fax: 030 / 227 - 76318  
E-Mail: [ernst-dieter.rossmann@bundestag.de](mailto:ernst-dieter.rossmann@bundestag.de)  
Internet: [www.ernst-dieter-rossmann.de](http://www.ernst-dieter-rossmann.de)

Willi Brase, MdB

Deutscher Bundestag, 11011 Berlin  
Telefon 030 / 227 - 74590  
Telefax 030 / 227 - 76542  
E-Mail: [willi.brased@bundestag.de](mailto:willi.brased@bundestag.de)  
Internet: [www.willi-brase.de](http://www.willi-brase.de)

Es gibt private wie öffentliche Arbeitgeber, die diese Situation ausnutzen und reguläre Jobs durch prekäre Arbeitsverhältnisse ersetzen. Häufig reihen sich mehrere Praktika aneinander, so dass die Betroffenen in eine Dauerwarteschleife geraten. Der eigentliche Sinn und Zweck eines Praktikums wird damit ad absurdum geführt. Praktika gehören in die Ausbildung oder ins Studium, Absolventen suchen den Einstieg in den Beruf. Die öffentliche Verwaltung, die politisch Verantwortlichen auf allen Ebenen, die Gewerkschaften und die Unternehmen sind aufgerufen, gegen die Ausbeutung von Absolventen an der Schwelle zum Beruf vorzugehen. Anknüpfungspunkte hierfür können sein:

1. Wir brauchen eine effektive Aufklärungskampagne „Nein zur Ausbeutung von Praktikanten“, die das Anliegen und die Rechte der jungen Menschen thematisiert. Die Probleme müssen publik gemacht und Arbeitgeber wie Öffentlichkeit sensibilisiert werden – ohne Panikmache und Verunsicherung von Absolventen, aber auch ohne Verschleierung oder Marginalisierung des Problems.
2. Öffentliche Arbeitgeber müssen eine Vorbildfunktion einnehmen und sich zu Mindeststandards für Praktikanten mit einer abgeschlossenen Ausbildung oder Hochschulabschluss verpflichten. Dazu gehört:
  - a. Arbeitgeber und Praktikanten müssen Ziele und Bedingungen des Praktikums schriftlich vereinbaren, wobei der Erwerb von beruflichen Qualifikationen eindeutig im Vordergrund zu stehen hat.
  - b. Praktika müssen zeitlich begrenzt werden, so dass Arbeitgeber keinen Anreiz mehr haben, reguläre Arbeitsplätze durch Praktikantenstellen zu ersetzen.
  - c. Die Arbeit von Praktikanten mit abgeschlossener Ausbildung oder Studium muss angemessen entlohnt werden.
  - d. Jedem Praktikanten muss ein fester Ansprechpartner (Mentor) zugewiesen werden.
3. Unternehmen, die mit Praktikantenstellen reguläre Arbeitsverhältnisse ersetzen, dürfen von der öffentlichen Hand nicht beauftragt oder gefördert werden.
4. Die Betriebs- und Personalräte sind aufgerufen, ihre Betreuung auch auf Praktikanten auszudehnen und sie bei der Durchsetzung ihrer Rechte zu unterstützen.
5. Es soll eine „Stiftung Praktikum“ eingerichtet werden, die vorbildliche Praktikumsanbieter mit einem Gütesiegel „Faires Praktikum“ ausgezeichnet. Das Gütesiegel orientiert sich an einem verbindlichen Praktikumsbericht. Wer arbeitsrechtliche Regelungen missachtet, soll ebenfalls öffentlich benannt werden.
6. Die Bundesagentur für Arbeit ist aufgefordert, Absolventen einer Ausbildung oder Hochschulabsolventen nur in Praktika mit definierten Mindeststandards zu vermitteln, die unter Beteiligung der „Stiftung Praktikum“ zu erarbeiten sind. Insbesondere die Hochschulteams der Bundesagentur sind angehalten, Hochschulabsolventen bei der Vermittlung in Praktika verstärkt über ihre Rechte zu informieren.
7. Obgleich Praktikanten bereits heute im Arbeitsrecht und im Berufsbildungsgesetz (§ 26 i.V.m. §10 BBiG) definierte Rechte haben, ist der rechtliche Anpassungsbedarf zu prüfen, um Grauzonen oder Regelungslücken zu schließen.

8. Die Hochschulen sind aufgerufen, mit eigenen Mitteln und Möglichkeiten den Missständen entgegenzutreten. Dazu gehört:
  - a. Das Einrichten einer Berufsbörse; durch regelmäßige Veranstaltungen sollte es Studierenden ermöglicht werden, früher mit Arbeitgebern in Kontakt zu treten.
  - b. Erfahrungen in der Arbeitswelt vermehrt im Studium zu sammeln, also in die Studienordnungen mindestens ein Praktikum festzuschreiben, welches nicht durch sonstige Leistungen ersetzt werden darf.
  - c. Angebote von Kursen, die den Praktikanten ihre Rechte erläutern, da häufig von einem unzureichenden Informationsstand auszugehen ist.
  - d. Regelmäßige Alumni-Treffen, auf denen qualifiziert beraten und unterstützt wird.
9. Die Datenbasis zur Situation von Hochschulabsolventen an der Schwelle zum Beruf muss ausgebaut werden und kontinuierlich Thema der empirischen Arbeitsmarkt- und Bildungsforschung werden.